



# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-  
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preistabelle 20 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Inhalt: Die milde Hand und die gepanzerte Faust. (II.) — Was ist zu tun? — Feuilleton: Fortschritte der Syphilisforschung. (II.) — Korrespondenzen (Berlin). — Abrechnungen.

Beilage: Die Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen im Jahre 1912. (III.) — Allerlei Bunte für Berichterstatter. — Der Hauslehrer. — Rundschau.

Für die Woche vom 16. bis 22. November ist die Beitragsmarke in das mit 47 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

## Die milde Hand und die gepanzerte Faust.

II.

So machtvoll und brutal auch die Entfaltung der Machtmittel des kapitalistischen Klassenstaates immer sein möge, sie findet eine Grenze in den schlechten sozialen Verhältnissen der arbeitenden Klassen. Was nützt es den herrschenden und besitzenden Klassen, wenn sie der aufwärtsstrebenden Arbeiterklasse die gepanzerte Faust entgegenhalten, wenn sie die organisierte Arbeiterschaft mit den Mitteln eines weitgehenden Arbeitsschutzgesetzes und neuen ausnahmegesetzlichen Bestimmungen daran zu hindern trachten, sich ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen, es aber gleichzeitig an einer Förderung des sozialen Fortschritts der Arbeiterklasse fehlen lassen?! Ja, die besitzenden und herrschenden Klassen lassen es an einer Förderung des sozialen Fortschritts der Arbeiterklasse nicht nur fehlen, sie stellen sich diesem Fortschritt überall hindernd in den Weg und arbeiten auf eine völlige Unterbindung der Sozialpolitik hin. Den Arbeitsschutz wollen die Unternehmer und Scharfmacher ja auch in dieser Hinsicht zur Behinderung des sozialen Fortschritts mißbrauchen, und die Nationalliberalen, die vorwiegend die Interessen des industriellen Unternehmertums vertreten, gehen jetzt daran, einen Weg zu finden, ohne direkte Ausnahmegesetze einen größeren gesetzlichen Schutz der Arbeitsschutzklasse herbeizuführen. Der Syndikus des Verbandes ostdeutscher Industrieller, Dr. John, formuliert dieses Bestreben in der nationalliberalen Königsberger Allg. Ztg. also:

„Ich hoffe zuversichtlich, daß die nationalliberale Reichstagsfraktion auf Grund des inzwischen gewonnenen genaueren Einblicks in die tatsächliche Lage der Dinge dem Notschrei der Arbeitsschutzwilligen und des von den Gewerkschaften terrorisierten Unternehmertums gegenüber entschlossen sein wird, energisch an solchen Maßnahmen positiv mitzuarbeiten, die ohne das eigentliche Koalitionsrecht der Arbeiter anzutasten, doch dem Koalitionszwange und den damit verknüpften Uebelständen einen Riegel vorzuschieben bestimmt sind.“ —

Der inzwischen gewonnene genauere Einblick der nationalliberalen Reichstagsfraktion sollte in Wiesbaden beschafft werden, allwo aus der Mitte der nationalliberalen Reichstagsfraktion heraus eine Studienkommission eingesetzt worden ist, die sich mit der Frage des Arbeitsschutzgesetzes beschäftigt hat. Wohin diese „Studien“ führen werden, lassen die Ausführungen des Syndikus Dr. John deutlich genug erkennen. Höchst eigenartig berührt dabei das Gerede von dem Terrorismus der Gewerkschaften, dem die Arbeitsschutzwilligen und die Unternehmer ausgesetzt sein sollen. Die Dinge liegen aber gerade umgekehrt: nicht die Gewerkschaften terrorisieren, sondern die Unternehmer und ihre Schützlinge, die Arbeitsschutzwilligen. Doch das hat ja für die arbeitsschutzwilligen Absichten der Unternehmer und Scharfmacher nichts zu bedeuten; und wenn sich die angestrebten Maßnahmen zur Niederhaltung der Arbeiterbewegung, die allerdings „das eigentliche Koalitionsrecht der Arbeiter nicht antasten“ sollen, nur auf haltlose Behauptungen aufbauen müßten, gemacht werden sie doch! Frisch und mit nicht mißzuerstehender Deutlichkeit bewegen sich auch neuere Kundgebungen zahlreicher nationalliberaler Korporationen des ganzen Reiches in dieser Richtung, sprach doch dieser Tage erst eine Resolution des Provinzialausschusses der nationalliberalen Partei für Schleswig-Holstein, Oldenburg und Lübeck die Ansicht aus, daß für den Schutz der Arbeitsschutzwilligen die bestehenden Gesetze nicht ausreichen: „sie sind daher so zu ändern, daß die eminent liberale Forderung des Schutzes der Arbeitsschutzwilligen in der Praxis gewährleistet wird.“ Und auf den gleichen Ton sind alle anderen Kundgebungen aus den Kreisen der Nationalliberalen und der Unternehmer gestimmt. In Kiel erklärte sich in einer Versammlung des Hansabundes dessen Geschäftsführer, der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Freiherr v. Nitzschhofen bei Umgehung eines Ausnahmegesetzes für Beschleunigung des gerichtlichen Verfahrens bei „Robertsdelikten gegenüber Arbeitsschutzwilligen“, für Verschärfung der Strafbestimmungen bei Bedrohungen, für Strafbestimmungen gegen Terrorismus und Boykottierung. Diesen Maßnahmen ist aber unverkennbar der Stempel der Ausnahmegesetze aufgedrückt, und sie werden um so mehr den tiefsten Widerspruch in der Arbeiterklasse auslösen, je mehr die Absicht in der Erscheinung tritt, den Aufstieg der Arbeiterklasse mit diesen Maßnahmen niederzuhalten. Zu den organisierten Massen der Lohnarbeiter und Arbeiterinnen treten nun auch noch die Massen der Angestellten und industriellen Beamten hinzu, da auch diese Kreise sich durch die immer underschwächer auftretenden Scharfmachergelüste in eine Abwehrstellung gedrängt sehen. So wurde in einer Versammlung, die vom Bund der Festbesoldeten in Berlin einberufen ward, folgende Resolution angenommen:

„Die auf Einladung des Bundes der Festbesoldeten am 20. Oktober in Neumanns Festsälen zahlreich versammelten Angestellten und Beamten

erblickten in der engen Fühlungnahme des Bundes der Landwirte, des Zentralverbandes deutscher Industriellen und des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes eine ernste Gefahr für die vorwiegend konsumierenden Schichten unseres Volksganges, namentlich aber für die festbesoldeten Beamten und Privatangestellten, die infolge der Gebundenheit ihres Einkommens von jeder Verteuerung der Lebenshaltung am empfindlichsten getroffen werden. Ferner lassen die Richtlinien für die gemeinsame Arbeit der genannten Verbände erkennen, daß ein Stillstand oder gar ein Abbau der deutschen Sozialpolitik und erneut eine Scharfmachergesetzgebung erstrebt wird. Um der ihnen von dem Zusammenschluß der drei reaktionären Verbände drohenden Gefahr zu begegnen, fordert die Versammlung alle betroffenen Kreise, vornehmlich aber die Festbesoldeten auf, sich zusammenzuschließen und mit aller Entschiedenheit für die Verbilligung der Lebenshaltung durch Herbeiführung einer wirklich gerechten, alle Erwerbsstände gleichmäßig berücksichtigenden Wirtschaftspolitik und für einen der fortschreitenden Entwicklung unseres Kultur- und Wirtschaftslebens angepaßten Ausbau der deutschen Sozialpolitik einzutreten.“

Es mag immerhin dahingestellt bleiben, wer von den „Erwerbsständen“ durch die Verteuerung der Lebenshaltung am empfindlichsten getroffen wird: die Beamten und Angestellten oder die Lohnarbeiter. Darin aber besteht Uebereinstimmung der Verhältnisse der industriellen Beamten und der Lohnarbeiter, daß sie nämlich von dem Stillstand der Sozialpolitik wie auch von der Scharfmachergesetzgebung in gleicher Weise bedroht sind. So mögen denn die Massen der Arbeiter und Arbeiterinnen an der in den Kreisen der Angestellten und Beamten mehr und mehr einsetzenden Protest- und Abwehrbewegung erkennen, wie bitter notwendig ein enger Zusammenschluß aller Arbeiter und Arbeiterinnen geworden ist, wie gerade die scharfmacherischen Treibereien jetzt einen energischen Widerspruch und eine tiefgehende Agitationsbewegung, an der sich jeder einzelne aufs eifrigste beteiligen müßte, herausfordern. Und das gilt für die Massen der Lohnarbeiter und Arbeiterinnen um so mehr, als sie in einem hohen Grade den Wechselfällen der Wirtschaftsweise und der Produktionsverhältnisse der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ausgesetzt sind. Arbeitseinschränkungen und Arbeitslosigkeit bedrohen sie jederzeit, auch in den Zeiten des guten Geschäftsganges, womit auch dem Unternehmertum immer ein willkommenes Mittel zur Bedrückung und Terrorisierung der Arbeiterschaft in die Hände geliefert ist. Es ist ganz offenbar, daß hier nur der engste Zusammenschluß erfolgreich sein und bleiben kann, daß jeder Versuch zur Verkümmern der Existenzbedingungen mit allen Kräften zurückgewiesen werden muß. Von der sogenannten und vielgerühmten sozialen Einsicht der Unternehmer hat die Arbeiterschaft gar nichts zu erwarten, auch nichts von der milden Hand der kapitalistischen Gesellschaft und des Klassen-

taates. Diese milde Hand wird auch den sozial minderwertigen Elementen, den Arbeitswilligen, nur deshalb entgegengetrieben, weil mit Hilfe dieser Elemente die Interessen der Unternehmer und Kapitalisten eine Förderung erfahren, die Interessen der Organisierter, ja der gesamten Arbeiterschaft aber geschädigt werden.

Wie oft haben es friedlich gesinnte Arbeiter und Arbeiterinnen schon erfahren müssen, daß ihren bescheiden vorgebrachten und nur zu berechtigten Wünschen auf Besserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse ein glattes und unbarmherziges „Nein“ entgegengesetzt wurde, wie oft haben sie dann erkennen müssen, daß ihren berechtigten Forderungen nur durch ein gemeinsames Vorgehen Nachdruck verliehen werden kann. Oder sollen die Arbeiter tatenlos zusehen, wie die Teuerung fortschreitet, wie die Lohn- und Arbeitsbedingungen dadurch eine zunehmende Verschlechterung erfahren, ja, wie die Lohnverhältnisse während der Zeiten schlechten Geschäftsganges einer direkten Herabdrückung ausgesetzt sind? Hat nicht auch die Arbeiterschaft ein Recht, einem gefunden und auskömmlichen Dasein zuzustreben, ein Recht, auf eine Verbesserung ihrer Lage bedacht zu sein? Soll sie sich um dieses Recht bringen lassen durch Einschüchterungsversuche und durch Verschärfung der Klassenstaatlichen Machtmittel? Nimmermehr! Was würden all die bürgerlichen Befürworter des sogenannten gewerblichen Friedens und des Ausgleichs der entgegengesetzten Interessen wohl der Arbeiterschaft anraten, falls diese, völlig auf sich selbst angewiesen, seitens des Unternehmertums mit Lohnherabsetzungen und Arbeitszeitverlängerungen bedacht würde? Duldsamkeit und immer wieder Duldsamkeit! Die Konkurrenzfähigkeit und Rentabilität der deutschen Industrie siehe auf dem Spiele, so würde es einfach heißen. Den Arbeitern aber würde nicht geboten werden, niemand wäre da, der ihnen die milde und helfende Hand entgegenstreckte — sie müssen sich selber helfen! Und das können sie auch! In den Gewerkschaften haben sie sich Organisationen zur Selbsthilfe und zum Selbstschutz geschaffen, Organisationen zur Herbeiführung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse, zur Herbeiführung besserer Daseinsbedingungen. Mag die herrschende Gesellschaft diesen Organisationen immer die gepanzerte Faust entgegenhalten: es ist nur ein Beweis für die Wirksamkeit der Gewerkschaften, die nicht zertrümmert werden kann.

## Fortschritte der Syphilisforschung.

Von Dr. G. Wolff.

### II.

Die frische Krankheit beginnt zunächst mit einem mehr oder weniger großen Geschwür, dem Primäraffekt oder harten Schanker, der sich in den meisten Fällen an den Geschlechtsorganen findet, ebenförmig aber auch am Mund, am Arm, am Auge, an der Brustdrüse auftreten kann. Er entsteht dadurch, daß das syphilitische Gift von einem Kranken auf eine wunde Stelle eines anderen Menschen gebracht wird. Da beim Geschlechtsverkehr häufig kleine Schrunden oder Einrisse entstehen, so ist es verständlich, daß dabei die Infektion leicht erfolgt. Die Uebertragung ist nicht so leicht möglich, wenn die Haut unversehrt oder etwa durch eine Salbe einbalsamiert ist; dann haben die Erreger, die Spirochaeten, keine Eintrittspforte, können sich nicht ansiedeln und keinen Primäraffekt erzeugen.

Wie andere Infektionskrankheiten, hat auch die Syphilis eine Inkubationszeit; das ist die Zeit, die von dem Tage der Ansteckung bis zum ersten Ausbruch der Symptome, also bei der Syphilis bis zum Auftreten des harten Schankers, vergeht. Die Erkrankung bricht nämlich nicht unmittelbar nach der infizierenden Verübung aus, sondern erst nach geraumer Zeit, die Syphilis erst nach drei Wochen. So lange brauchen die Spirochaeten, um sich durch fortgesetzte Wucherung so weit zu vermehren, daß sie deutliche Krankheits Symptome im Körper zu erzeugen vermögen,

## Was ist zu tun?

Ein ungesunder Odem geht längst durch unser Finanzwesen und jetzt legt uns der Hauptkassierer diesen ungesunden Patienten in den Nummern 39 und 40 der „Solidarität“ auf den Seziertisch der Öffentlichkeit mit dem Wunsch, bei der Behandlung mitzuhelfen, eventuell vor einer Operation nicht zurückzuschrecken, um das Finanzwesen so weit zu heilen, daß es nach dem Verbandstage in Leipzig wieder marschfähig wird. Was ist zu tun? fragt er dabei und erwartet nun von den Mitgliedern Antwort. Ich bin überzeugt davon, daß diese Verantwortung auch in der mannigfaltigsten Weise erfolgen wird, erwarte aber, wenn Ratsschlüsse erteilt werden, daß man dann es nicht wieder so macht, wie in früheren Jahren, diese Ratsschlüsse einfach in den Wind schlägt und von den Delegierten des nächsten Verbandstages verlangt, daß sie die Anträge des Verbandsvorstandes als die allein seligmachenden hinzunehmen haben. Denn unsere jetzige Finanzlage ist ein Beweis, daß auch der Zentralvorstand die Unfehlbarkeit noch nicht besitzt, obwohl in dem festen Glauben an diese die Delegierten sowohl auf dem Verbandstag in München wie in Bremen diese Anträge zum Gesetz machten.

Nun halte ich es schon für notwendig, daß, wenn an eine Heilung des Finanzwesens gegangen werden soll, man wohl oder übel auch einen Rückblick auf die Entstehung der Krankheit wirft. Da finden wir, daß die ersten Störungen des bis dahin normal funktionierenden Organismus sich erst nach den Beschlüssen des vierten Verbandstages in München zeigten und zwar nach den Beschlüssen, die eine grundlegende Umwälzung unseres ganzen Unterstützungswesens mit sich brachten. Die Hauptschuld lege ich auf das geradezu rapide Hinauffchnellen der Unterstützungssätze bei Arbeitslosigkeit von 6,30 M. bei einem Beitrag von 30 Pf., auf 15 M. bei einem Beitrag von nur 50 Pf. die Woche. Keine Zahlstelle unseres Verbandes hätte es gewagt, mit einem derartigen Antrag an den Verbandstag heranzutreten, wenn nicht der Zentralvorstand mit gutem Beispiel vorangegangen wäre. Die Väter des Gedankens waren ja allerdings die Berliner Mitglieder, deren Anträge der Hauptvorstand deckte und die mit Annahme dieser Anträge eine ganz gewaltige Schonung der Lokalkassen der Berliner Zahlstellen herbeiführten. Die Berliner freuten sich natürlich, im Hauptvorstande selbst Vertreter ihrer egoistischen Wünsche gefunden zu

also zunächst eine Geschwürbildung des anfänglich infizierten Gewebestüdes herbeiführen. Gewöhnlich sind zur gleichen Zeit auch schon die zu der Infektionsstelle gehörigen Lymphdrüsen geschwollen und durch die Erreger infiziert. Da die Eintrittspforte gewöhnlich an den Geschlechtsstellen sitzt, schwellen die Leistenröhren, meist nur die der einen Seite, gewaltig an. Sicht der Primäraffekt hingegen am Munde, so schwellen die zugehörigen Lymphdrüsen der Unterkiefergegend an. Bis zu diesem Stadium rechnet man die erste Periode der Krankheit. Jetzt tritt meist eine Pause von mehreren Wochen ein, ohne daß es zu neuen Krankheitserscheinungen kommt. Dann treten plötzlich am ganzen Körper die sogenannten akuten Exantheme der Syphilis auf; Brust und Rücken, auch die Gliedmaßen, sehr häufig auch das Gesicht und der behaarte Kopf bedecken sich mit einem mehr oder weniger dicht gesäten, kupferroten Ausschlag. Die Flecke bilden sich im Verlauf der nächsten Wochen meist zurück und hinterlassen gewöhnlich keinerlei Zeichen. Damit ist die Krankheit in das zweite Stadium getreten, das sich oft über mehrere Jahre erstreckt und durch wiederholtes Auftreten solcher Ausschläge charakterisiert ist. Auch in diesem Stadium ist die Krankheit eminent ansteckend und muß dementsprechend behandelt werden. Die Syphilis kann — vorausgesetzt, daß energische therapeutische Maßnahmen angewendet werden — in diesem Stadium geheilt werden; es braucht zu weiteren Krankheitserscheinungen nicht mehr zu kommen. Sehr häufig schließt sich aber das dritte Stadium noch an die vorangegangene Sekundärperiode an.

Im dritten Stadium entstehen häufig tiefere Geschwüre, die die Haut und das darunter

haben und riechen sich bei Gefingen ihres sein durchdachten Planes vergnügt die Hände. Wenn nun heute der Hauptkassierer in seinen Ausführungen in Nummer 39 der „Solidarität“ mit tränenden Augen darauf verweist, daß die Vermögen der Lokalkassen das Vermögen der Hauptkasse um das Doppelte übersteigen, so dürfte doch sicher anzunehmen sein, daß er dabei hauptsächlich das Lokalvermögen der Zahlstelle Berlin im Auge hat, dessen Protetktor er ja aber nur selbst — mit oder ohne Absicht — durch sein energisches Eintreten für die Anträge des Zentralvorstandes (vulgo Berlin) auf dem Verbandstage in München wurde.

Aber ist denn nicht damals schon davor gewarnt worden, dem Verbands nicht den Stempel eines Unterstützungsvereins aufzudrücken, sondern den Charakter einer Kampforganisation beizubehalten? Unter anderen Mitgliedern, die die warnende Stimme erhoben, schrieb ich in Nr. 8 der „Solidarität“ vom 18. April 1908 zu den vorliegenden Statutenänderungen zum Verbandstag — was auch heute noch wert ist, erwähnt zu werden — unter anderem folgendes:

„Ich habe die Auffassung, daß das Verlangen der Mitglieder einzelner Zahlstellen, welches in materieller Beziehung an unsern Verband gestellt wurde, weit über das Erreichbare hinaus geht. Den Mitgliedern anderer Verbände, die zwei- und dreimal so viel Beiträge bezahlen wie wir, muß ja das Wasser im Munde zusammen laufen, wenn sie die gestellten Anträge unserer Zahlstellen auf Ausbezahlung von Arbeitslosen-, Kranken- und Streifenunterstützung zu Gesichte bekommen. Man braucht absolut kein Versicherungstechniker zu sein, und wird schon bei oberflächlichem Studium finden, daß, wenn solchen hohen Unterstützungsätzen Rechnung getragen, man auch zu gleicher Zeit Hand an das Werk des Verbandes legen würde. Allerdings ging der Verbandsvorstand mit gutem Beispiel voran, und die Mitglieder sagten sich dann, wenn schon so hohe Unterstützungen von oben beantragt werden, dann können wir ruhig noch ein bißchen weiter gehen. Es ist ja schließlich jedem einzelnen sein berechtigtes Verlangen, sein Geld im Verbands möglichst verzinslich anzulegen, aber dabei muß wohl oder übel noch darauf Rücksicht genommen werden, daß die Verzinsung mit den eingezahlten Beiträgen in vernunftgemäßer Weise in Einklang zu bringen ist. Man wird doch nicht behaupten wollen, daß es ein bescheidenes Verlangen genannt werden kann, wenn ein Mitglied jährlich 10,40 M. bei-

liegende Gewebe bis zu beträchtlicher Tiefe zerstören, sehr häufig bis zum Knochen reichen und sogar da noch nicht halt machen. Wenn die Krankheit nicht behandelt wird, können die Knochen in erheblicher Ausdehnung zerfallen werden; besonders häufig werden die Knochen des Gaumens und der Nase von syphilitischen Erkrankungen befallen; die Nase verliert dann ihre normale Gestalt vollkommen, wird abgespalten und eingedrückt. Die Knochen des Schädeldaches, das Brustbein, sehr häufig auch das Schienbein, die inneren Organe, wie Lunge, Herz und große Gefäße, Leber, Hoden und noch zahlreiche andere, können in diesem Stadium erkranken und Krankheitserscheinungen zeigen, deren detaillierte Schilderung wir uns hier versagen wollen. Stets entstehen in der Tertiärperiode der Syphilis an den erkrankten Geweben dicke Zellenanhäufungen, ähnlich wie die Tuberkelnoten der Tuberkulose, sogar geschwulstartige Neubildungen, die allerdings bald zerfallen und dadurch zu tieferen Geschwürbildungen Anlaß geben. In diesem Stadium ist die Syphilis nur noch wenig infektiös, jedenfalls lange nicht so sehr wie in der Primär- und Sekundärperiode. Unter geeigneter Behandlung, die natürlich stets vom Arzt kontrolliert werden muß, die vor allem niemals einem unerfahrenen und mit der medikamentösen Therapie nicht vertrauten Heilkünstler überlassen werden soll, gehen alle diese Erscheinungen zurück. Die Krankheit wird in vielen Fällen vollkommen geheilt und braucht keinerlei Beschwerden mehr zu machen.

Raum beeinflusbar durch ärztliche Kunst ist hingegen das vierte Stadium, daß der syphili-

träge leistet und fordert, daß für diese Leistung bei Eintritt von Krankheit oder Arbeitslosigkeit der Verband verpflichtet ist, 52,50 M. an Unterstützungen herauszugeben, von der Eventualität des Bezuges einer Streifenunterstützung auf längere Dauer will ich hier gar nicht reden. Nun möchte ich nicht das Odium auf mich nehmen, als sei eine hohe Unterstützung unserer Mitgliedern nicht zu gönnen, gewiß, aber wir haben eben noch sehr viele Aufgaben zu lösen, wobei sehr wohl die Leistungen der Kasse und der Mitglieder erwogen werden müssen. Ich meine, der Gedanke darf gar nicht feste Form annehmen, daß wir unseren Verband zur reinen Unterstützungs-kasse ausbauen, in erster Linie muß unser Verband noch für lange Zeit den Arbeitgebern als mächtige Kampfes-organisation gegenüberstehen. Was nützen uns tausende und aber tausende von Mitgliedern, wenn wir auf Grund von schlechten Klassenverhältnissen trotzdem allen scharfmacherischen Unternehmergefühlen preisgegeben sind."

Nachdem ich dann die Scharfmachergefühle des Schutzverbandes deutscher Steindruckereibesitzer charakterisiert und dann auch auf die weitere Ein- und Durchführung der Tarife im Buchdruck hingewiesen hatte, betonte ich, daß die Verbesserung und die Aufrechterhaltung unserer Tarife lediglich davon abhängig ist, wie der Stand unserer Kasse um diese Zeit ist. Mit andern Worten, so schrieb ich weiter, man wird unsere Forderungen erst dann respektieren, wenn wir finanziell so gestellt sind, daß wir im Ernstfälle auch einen längeren Kampf aufzunehmen imstande sind. Wenn aber Unterstützungen gefordert werden, die nicht einmal die Buchdrucker bei ihren ungleich höheren Beiträgen erhalten, so ist gar nicht daran zu denken, daß wir jemals einen Kampffonds sammeln können, der es uns ermöglicht, im Interesse unseres Verbandes und seiner Mitglieder einen größeren Kampf aufzunehmen, zumal die Scharfmacherverbände ohnedies schon dafür sorgen werden, durch teilweise Aussperrung in einer für sie günstigen Zeit unsere Kasse nicht in den Himmel wachsen zu lassen. Nachdem ich dann der Meinung Ausdruck gab, daß gerade noch die nächsten Jahre dazu verwendet werden sollten, ersten richtigen Kampffonds zu schaffen, sagte ich dann weiter: "Die beste Unterstützung, die wir für alle unsere Kollegen und Kolleginnen schaffen können, ist doch die, wenn wir bestrebt sind, ihre niedrigen Löhne auf eine höhere Stufe zu bringen. Diese dauernde und gewissermaßen an keine Karenzzeit gebundene

Unterstützung läßt sich doch nur dann durchführen, wenn wir die nötigen Mittel zur Führung eines Kampfes im Besitze haben. Nie und nimmer aber, wenn die unsererseits anzubehandelnden Unterstützungen die ganzen Einnahmen bis auf einen winzigen Bruchteil aufzehren. Schreiben wir keine Vogelstraußpolitik, indem wir die Köpfe in den Sand stecken und nicht sehen wollen, daß ernste, sehr ernste Zeiten uns bevorstehen, die unsere Verbandskasse noch sehr in Anspruch nehmen werden. Es darf nicht vorkommen, daß wir uns von den Scharfmachern alles aufbürden lassen müssen, nur lediglich deshalb, weil wir nicht die nötigen Mittel besitzen, um ihre Macht zu brechen. Sind wir erst auf der einen Seite sicher gestellt, dann können wir immer noch unseren Mitgliedern analog dem Vorgehen anderer Verbände größere materielle Wünsche in Erfüllung bringen." Zum Schluß betonte ich noch, daß eine Samierung unserer Kasse bei Annahme der beantragten neuen Unterstützungssätze noch nicht durchzuführen sei, selbst wenn dabei noch 10 bis 20 Pf. mehr Beiträge erhoben werden, als dies für die Einführung der vierten und fünften Klasse schon beantragt ist.

Von dieser meiner Meinung war auch die Münchener Zählstelle durchdrungen und deshalb stellten wir auch in Bezug auf Arbeitslosenunterstützung Anträge, deren Höchstsatz wöchentlich 9 M. betrug. Es wäre immerhin bei der minimalen Beitragserhöhung ein ganz schöner Sprung von 6,30 M. auf 9 M. gewesen, und kein Mitglied, davon bin ich überzeugt, hätten wir deshalb weniger heute im Verband. Man sage uns nicht: "Na, München hätte diese Mehreinnahme, die für die Verbandskasse durch Annahme dieses Antrages entstanden wäre, wieder illusorisch gemacht durch ihre beantragte Erhöhung des Krankengeldbezugs." Nein, wir standen sofort von unserem Antrag ab, als uns nachgewiesen wurde, welche Mehrausgaben dieser für unsere Verbandskasse bedingte. Andererseits aber wollte man absolut nicht einsehen, welches große Loch die erhöhten Arbeitslosenunterstützungssätze, gegenüber den von München beantragten, in die Verbandskasse reißen müssen. Die Berliner wollten ihren Willen haben, und dem mußte Rechnung getragen werden. Daß die anderen Delegierten sich darüber nicht besonders zur Wehr setzten, wenn vom Hauptfasser selbst eine derart hohe Unterstützung für durchführbar erklärt wird, dürfte doch wahrlich nicht Wunder nehmen.

er sie nicht kennt." So ungeheuer mannigfaltig sind ihre Erscheinungsformen.

Natürlich wird der geschulte, in seinem Spezialfach genau unterrichtete Arzt in der Mehrzahl der frischen Fälle die Krankheit erkennen. Je länger die Ansteckung zurück liegt, desto schwieriger ist es, zu entscheiden, ob eine im Einzelfall vorliegende Erkrankung syphilitischer Natur ist oder ob vielleicht eine ganz andere Krankheit die Beschwerden veranlaßt hat. In diesen unklaren Fällen Sicherheit zu schaffen, ist uns heute mittels der von dem Berliner Immunitätsforscher Wassermann ausgearbeiteten serologischen Untersuchungsmethode ermöglicht. Aus dem Blutserum des Menschen — und es ist dazu nur eine ganz geringfügige Menge nötig — können wir diagnostizieren, ob noch Merkmale der Syphilis vorhanden sind. Auch wenn die Ansteckung viele Jahre zurückliegt, gibt uns die Methode noch Auskunft darüber, ob die Krankheit noch besteht oder ob inzwischen Heilung eingetreten ist. Da die Wassermannsche Reaktion ohne besondere Mühe mit wenigen Tropfen Blutserum ausgeführt werden kann, so haben wir dadurch ein Mittel erhalten, das uns schnell anzeigt, ob noch eine weitere Behandlung der Krankheit erforderlich ist. Wegen der großen Wichtigkeit dieser Untersuchungsmethode, die eine Errungenschaft der modernen Immunitätsforschung darstellt, wollen wir mit einigen Worten darauf eingehen.

Folgende Erwägung liegt der Wassermannschen Reaktion zugrunde. Gelangen in den Körper des Gesunden fremde Eiweißsubstanzen, fremdartige Zellen, wie etwa die roten Blutkörperchen eines anderen Tieres oder körpereigentliche Bakterien, so

Das Kind der neuen Unterstützung war nun in München zur Welt gebracht, und mit Freunden wurde die Geburtsanzeige überall unter unseren Mitgliedern vernommen. Den Schwarzjehern, die dem Kinde im Voraus die Lebensberechtigung abgesprochen, wurde zum Vorwurf gemacht, daß sie das nur getan hätten, weil sie nicht gut auf die Eltern dieses Wesens zu sprechen wären. Wie groß aber war das Erstaunen, als schon nach kurzer Zeit den Freunden die Mitteilung zugeing, daß man in der ersten Freude übersehen hätte, daß das neugeborene Kind mit einem Fehler behaftet sei, dessen Beseitigung sofort vorgenommen werden müsse, wenn man nicht das Leben des Kindes in die allergrößte Gefahr bringen wolle. Man fragte gar nicht erst die Kollegen und Kolleginnen: "Was ist zu tun?", sondern gab gleich das Rezept in Form der Berechnungstabelle, nicht erst zur Begutachtung, sondern zur unbedingten Anerkennung an die Zählstellen hinaus. Diese Maßnahme der Eltern erregte selbstverständlich bei den Geburtshelfern den größten Widerspruch, und es kam mitunter auch zu ziemlich stürmischen Protestaktionen, die aber doch bis auf die Zählstelle Berlin damit endeten, daß das neue Berechnungssystem anerkannt wurde. Berlin unterlag aber dem Beschluß des Bremer Verbandstages, und somit war die allseitige Anerkennung und Durchführung der Berechnungstabelle geschaffen. Trotz alledem zeigte es sich aber doch immer mehr und mehr, daß das neue Unterstützungswesen nicht dazu beitrug, das Finanzwesen unseres Verbandes in geordnete Bahnen zu bringen. Der Verbandstag in Bremen brachte uns schon recht viele Klagen, und doch scheute man sich wieder, das Messer anzusetzen und das Uebel an der Wurzel zu packen. Es wucherte weiter und weiter, und jetzt, wo uns nur noch ein starkes halbes Jahr von dem Verbandstag in Leipzig trennt, tritt unser Hauptfasser auf sich neue an die Mitglieder heran und fragt: "Was ist zu tun?" Ich halte es für vollkommen richtig, daß diesmal frühzeitig genug diese Frage aufgeworfen wurde, damit sich die Mitglieder recht gründlich darin vertiefen und Mittel und Wege suchen helfen, um die Finanzsalamität — so weit sie überhaupt noch zu beseitigen ist — auch beseitigen zu helfen.

Freilich wäre es besser gewesen, wenn man früher eine gründlichere Arbeit gemacht hätte. Aber solange das System hochgehalten wird, daß die Statutenberatungskommission erst auf dem Verbandstage selbst und zwar während der Verhandlungen gewählt wird, solange halte ich es für

tischen Macherkrankungen, das wir schon anfangs erwähnt haben. Hier liegen keine frischen Prozesse vor, keine Zellanhäufungen entzündlicher Natur, sondern Gewebeszerrörungen, Gewebsegenerationen, die nicht wieder zu reparieren sind. Sie sind nur durch intensive Behandlung der frischen Krankheit zu vermeiden, also nur prophylaktisch durch möglichst radikale Abtötung des frischen Syphilitisagites fernzuhalten.

#### Die Wassermannsche Reaktion.

Es gibt keine Krankheit, die so wechselförmig verläuft wie die Syphilis. Bei einem befällt sie das Nervensystem, beim anderen Herz und Gefäße, beim dritten kommt es zu Zerrörungen im Bereich des Knochenystems. So kann die Krankheit in der mannigfaltigsten Weise in Erscheinung treten; sie kann für einige Zeit verschwinden, um später ohne sichtbaren Anlaß wieder aufzutreten und in dieser Weise Arzt und Patient in die Irre zu führen. Ebenso schwierig wie die Bestimmung des Endtermins der Krankheit ist unter Umständen auch die Beurteilung einzelner Symptome. Der Patient, der zum Arzt kommt, ist oft dumme genug, ihm eine frühere Infektion absichtlich zu verschweigen. Oftmals weiß er auch selber nichts davon. Darum ist der Arzt gezwungen, lediglich auf Grund seiner Erfahrungen die Diagnose zu stellen und einen etwaigen Verdacht, daß die Beschwerden seines Patienten syphilitischer Natur seien, dadurch zu rechtfertigen. Weil die Krankheitserrscheinungen der Syphilis so ungeheuer mannigfaltig sind, hat ein berühmter Kliniker einmal den Ausspruch getan: "Wenn jemand sagt, daß er die Syphilis kennt, so weiß ich nur, daß

sucht sich der angegriffene Organismus zu verteidigen. Er ergreift zu dem Zweck Schutzmaßnahmen und bildet spezifisch wirkende Antikörper oder Gegengifte in seinem Blutserum, um die Wirkung der eingeführten Gifte zu vernichten. Sind die fremdartigen Elemente etwa rote Blutkörperchen eines artfremden Tieres, so entstehen in seinem Blute Stoffe, die diese roten Blutkörperchen zur Auflösung zu bringen suchen, blutlösende Stoffe oder Hämolytine; sind die fremdartigen Elemente Bakterien gewesen, etwa Typhusbazillen, Cholera-vibrionen, so entstehen Stoffe, die auf diese körpereigenen Zellen auflösend wirken und deshalb als Bakteriolysine bezeichnet werden. Alle diese Gebilde sind Schutzstoffe, die der angegriffene Organismus zu seiner Verteidigung bildet.

Wassermann ging nun von der berechtigten Annahme aus, daß auch der mit Syphilis infizierte Körper derartige Schutzstoffe bildet, die sich im Blute nachweisen lassen müßten. Freilich genügen diese spontan vom Körper gebildeten Antikörper nicht, den Angriff der Krankheitserreger unschädlich zu machen. Vielmehr müssen wir gerade bei der Syphilis umfangreiche Heilmethoden anwenden, um das Gift der Spirochaeten zu vernichten. Dennoch bildet der Organismus zweifellos Schutzstoffe auch dieser Krankheit gegenüber. Es lag Wassermann nun daran, die Anwesenheit dieser Schutzstoffe im Blute des Erkrankten nachzuweisen, sie mittels einer bestimmten Methode sichtbar zu machen. Die Antikörper oder Zimmunkörper sind so feine, chemisch noch gänzlich unerforschte Gebilde, daß wir zu ihrer Sichtbarmachung besonderer Hilfsmittel bedürfen.

ausgeschlossen, daß eine gründliche Arbeit gemacht werden kann. Kollegen und Kolleginnen, die als Delegierte auf den Verbandstag kommen, ohne vorherst eine Meinung zu haben, daß sie in der Statutenberatungskommission fungieren sollen, sind auch nicht für eine solch eminent wichtige Arbeit vorbereitet. Unmöglich können sie in der kurzen Zeit, die zur Beratung zur Verfügung steht, sich in die Masse von Anträgen so vertiefen, wie es die verantwortungsvolle Arbeit erfordert. Sie müssen sich die Nachprüfung der Wirkung ihrer Beschlüsse versagen, weil dies unter solchen Umständen einfach nicht möglich ist. Ihr einzig zur Verfügung stehendes Material ist die Berechnung des Haupttariffers, der sich so gut wie jeder andere Mensch eben auch einmal irren kann.

Kollege Wolken in Leipzig, dem man als langjähriger Kassierer einer großen Zahlstelle jedenfalls das Verständnis für unser Klassenwesen nicht absprechen will, hat genau wie ich des öfteren darauf verwiesen, daß in diesem System eine Aenderung eintreten müsse. Es ist notwendig, daß diejenigen Personen unseres Verbandes, die praktische Erfahrung in jeder Beziehung bei der Durchführung unseres Statutes hinter sich haben — die doch nur einen engen Kreis darstellen — einige Tage vor Stattfinden des Verbandstages zusammen berufen werden. Sie haben dann die vorliegenden Anträge einer gründlichen Prüfung zu unterziehen, dieselben zu einer kompakten Masse zu vereinigen und die nun so gesichtete Arbeit dem Verbandstag zur weiteren Beratung zu übergeben.

(Fortsetzung folgt.)

## Korrespondenzen.

Berlin. Außerordentliche Mitgliederversammlung am 26. Oktober. Nach Erledigung einiger Formalitäten wurde das Andenken der verstorbenen Kollegen Sinte, Kade und Bachhaus durch Erheben von den Plätzen geehrt. Unter „Mittelungen“ wurde der Verlauf des bei der Paragon-Kassenblock A.-G. abgebrochenen Streits geschildert und die von einer Vertrauenspersonensitzung aufgestellten Kandidaten für die Ausschüsse wählen zur Ortskrankenkasse bekanntgegeben. Diese wurden von der Versammlung genehmigt und ebenso dem Ausschluß eines Falzers Bof einstimmig zugestimmt. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß sich zum Eintastieren der Beiträge für die „Vollstufjurage“ in einigen Bezirken noch Kollegen melden können. Hierauf beschäftigte sich die Versammlung mit den in zehn Berliner Betrieben abgebrochenen Hausverträgen. Anlaß hierzu gab ein in einer früheren Versammlung gefaßter Beschluß, welcher durch den letzten Jahresbericht des Verbandsvorstandes und die darüber entstandene Diskussion in der „Solidarität“ hervorgerufen wurde. Zwei Vertrauenspersonensitzungen haben sich bereits mit der Sache beschäftigt, weswegen der Vorsitzende ersuchte, diese in der Versammlung nicht so eingehend zu behandeln, sondern sich mit dem in der letzten Vertrauenspersonensitzung in einer Resolution niedergelegten Extrakt der Verhandlungen zu beschäftigen. Der Verbandsvorstand war in der ersten Sitzung anwesend, während er in der zweiten sowohl, wie auch in der Versammlung nicht erschienen war. In der Diskussion verteidigten die Kollegen Gummert und Fricke den Vertrag mit der Firma Sempel u. Co., welcher in der letzten Vertrauenspersonensitzung angegriffen worden sei. Protestiert wurde gegen die Durchbrechung der tariflichen Arbeitsnachweisbestimmungen durch die Prinzipale, auch das Verhalten des Verbandsvorstandes wurde im allgemeinen verurteilt. Nach Annahme eines Schlußantrages wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am Donnerstag, den 9. und Dienstag, den 14. Oktober in den Industriezweigen tagenden Vertrauenspersonensitzungen von Groß-Berlin erkennen an, daß die in einzelnen Betrieben bestehenden Hausverträge nach der ganzen am Anfang des Jahres 1912 gelagerten Situation abgeschloffen werden mußten, um die betreffenden Personale vor noch größeren Schäden zu bewahren.

Der seitens des Hauptvorstandes und der Redaktion der „Solidarität“ publizierten Ansicht, der größte Teil der augenblicklichen Arbeitslosigkeit sei auf die Hausverträge zurückzuführen,

kann die Vertrauenspersonensitzung nicht beitreten; sie ist vielmehr überzeugt, daß die große Arbeitslosigkeit auf die allgemeine Krise, die fortschreitende Tendenz und die rigorose Ausnutzung einzelner Tarifbestimmungen durch die Unternehmer zurückzuführen ist.

In Erwägung, daß durch derartige Polemiken in unserem Verbandsorgan nur die Unternehmer Vorteile ziehen, erwartet die Vertrauenspersonensitzung, daß der Hauptvorstand endlich einsehen möge, welches in Wirklichkeit die Ursachen der Arbeitslosigkeit sind und verlangt von der Redaktion der „Solidarität“, jede weitere Stellungnahme über die bestehenden Hausverträge in unserem Organ zu unterlassen.

Die gut besuchte Vertrauenspersonensitzung verurteilt ganz entschieden das Fernbleiben des Hauptvorstandes trotz Einladung. Sie hätte zum mindesten erwartet, daß der Hauptvorstand gerade bei den Hausverträgen und der nach seiner Ansicht durch diese hervorgerufene Arbeitslosigkeit in Berlin, also bei dem zweiten Tagesordnungspunkt, der überhaupt nur von der Arbeitslosigkeit und deren Beseitigung spricht, hätte erscheinen müssen. — Durch das absichtliche Fernbleiben des Hauptvorstandes kommen die Vertrauenspersonen zu der Auffassung, daß der Hauptvorstand gar kein Interesse an den Hausverträgen und deren Klärung hatte, sondern es ihm lediglich darum zu tun war, die Hausverträge trotz aller Vorteile zu verunglimpfen, um so den Unfrieden in Berlin weiter bestehen zu lassen. — Die Vertrauenspersonen sehen dieses Verhalten des Hauptvorstandes als eine ganz besondere Mißachtung der Funktionäre unserer Organisation an und erheben aus den oben angeführten Gründen den schärfsten Protest.“

Unter dem dritten Punkt besprach Kollege Gloth die Ursachen der Arbeitslosigkeit und die Maßnahmen zu deren Beseitigung. Auch hiermit hat sich die Vertrauenspersonensitzung beschäftigt und empfahl eine dementsprechende Resolution. Vor allen Dingen muß eine bedeutende Einschränkung der Ueberstunden vorgenommen werden, aber vollständig unzulässig ist es, wenn in einem größeren Betriebe vier Kollegen in 14 Tagen 218 Ueberstunden machen. Die Resolution lautet:

„Die Arbeitslosigkeit in unserer Organisation hat einen Umfang angenommen, wie wir solchen seit Jahren nicht kennen gelernt haben. In Erwägung, daß in einem großen Teil von Betrieben durch Beseitigung eines ausgedehnten Ueberstunden- und Extranacht-Systems die Möglichkeit vorhanden ist, unseren arbeitslosen Kollegen Arbeitsgelegenheit zu verschaffen, erwartet die heutige Vertrauenspersonensitzung von den Prinzipalen, dem Ortsvorstand und der Berliner Kollegschaft weitestmögliche Beseitigung der Ueberstunden und Extranächte durch die in Arbeit stehenden Kollegen, vor allem mehr Heranziehung der Arbeitslosen zu allen an Sonn- und Wochentagen zu leistenden Extranächten, wenn diese sich durch Einstellen von Personal nicht beseitigen lassen. — Die anwesenden Vertrauensleute verpflichten sich, bei ihrer Kollegschaft und bei den in Frage kommenden Firmen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dafür einzutreten, um dadurch wenigstens teilweise der großen Arbeitslosigkeit zu steuern. — Von den arbeitslosen Mitgliedern erwarten die Vertrauensleute, daß sie durch pünktliche und pflichtgemäße Ausübung der ihnen vom Arbeitsnachweis übergebenen Arbeiten die Bestimmungen des Ortsvorstandes und der Vertrauensleute mehr wie bisher unterstützen, daß sie fernerhin Kollegen, welche ihren Verpflichtungen in dieser Weise nicht nachkommen, dem Ortsvorstand schonungslos melden, damit Schädigungen der gesamten Mitgliedschaft verhindert werden können.“

Der letzte Absatz machte sich nötig, da in der Vertrauenspersonensitzung und in der Versammlung Beschwerden erhoben wurden gegen einzelne Kollegen, die entweder ihre Arbeit verbummelten oder dieselbe gar nicht antraten.

Die Resolution wurde, nachdem Kollege Gloth noch darauf hingewiesen, daß sich eine Sitzung der Schiedsgerichtsbeisitzer und der Tarifabschließer mit der Auslegung des § 2 beschäftigen

wird, einstimmig angenommen und darauf die Versammlung geschlossen.

Anmerkung der Redaktion: Dem sonderbaren Verlangen der Resolutionsisten, daß sich die Redaktion der „Solidarität“ jeder weiteren Stellungnahme zu den Hausverträgen zu enthalten habe, können und werden wir beim besten Willen nicht Rechnung tragen; und zwar deshalb nicht, weil wir nach wie vor auf dem Standpunkt beharren müssen, daß die Vorteile von tarifwidrigen Hausverträgen, und nur um solche handelt es sich bei unserer Kritik, nicht in Einklang zu bringen sind mit dem Schaden, den sie der Allgemeinheit zugefügt haben. Haben wir aber erkannt, daß die Kollegschaft geschädigt wird, dann ist es auch unsere Pflicht, darauf hinzuweisen und zu versuchen, eine Wiederholung solch schädlich wirkender Handlungen zu verhindern. Wir haben die Diskussion über die Hausverträge feinerzeit abgebrochen, als uns bekannt wurde, daß sich die Vertrauensleute mit der Sache beschäftigen werden. Wir nahmen an, daß man in diesem Kreise objektiv und sachlich an eine Prüfung der Angelegenheit gehen wird, um festzustellen, ob der Abschluß dieser Verträge notwendig war und welche Folgen sie zeitigt haben. In dieser Annahme sahen wir uns aber leider getäuscht. Schon in der ersten Vertrauenspersonensitzung, die am 9. Oktober stattfand, mußten wir uns und sämtliche Verbandsvorstandsmitglieder, die an der Sitzung teilnahmen, davon überzeugen, daß gar keine Absicht bestand, objektiv und sachlich prüfen zu wollen, sondern es sich bei bestimmten Personen lediglich darum handelte, dem Hauptvorstand und der Redaktion der „Solidarität“ eins am Zeuge zu stellen. Das erhellt am deutlichsten die Tatsache, daß die Resolution, bis auf den letzten Absatz, schon in dieser Sitzung, nachdem erst zwei oder drei Redner über einen einzigen der Beiträge gesprochen hatten, fix und fertig vorgelegt wurde. Wie man unter solchen Umständen von einem „Extrakt“ der Verhandlungen zweier Sitzungen sprechen kann, ist uns nicht ganz verständlich. In Wirklichkeit hat eine eingehende Prüfung der Materie nicht stattgefunden und daß auch die Absicht hierzu nicht vorlag, geht wieder aus der Tatsache hervor, daß ein Antrag der Verbandsvorstände, der die Möglichkeit einer einwandfreien Untersuchung schaffen sollte, glatt abgelehnt wurde. Kollegin Zehde hat in jener ersten Sitzung, in der übrigens 114 Druckereien nicht vertreten waren, nachdem die Mitglieder des Verbandsvorstandes sich von der Unfruchtbarkeit der geflohenen mehrstündigen Debatte überzeugt hatten, beantragt, aus den Reihen der an den Hausverträgen nicht beteiligten Vertrauensleute eine Kommission zu bilden, welche 1. die abgeschloffenen Hausverträge, 2. die gegen Moritz erhobenen Anschuldigungen wegen begangener Verfehlungen zu prüfen hat und 3. Maßnahmen gegen die herrschende Arbeitslosigkeit beraten soll. Zu dieser Kommission sollten Vertreter des Orts- und Verbandsvorstandes und auch die in Betracht kommenden Vertragsabschließer hinzugezogen werden. Hätte nun die ehrliche Absicht bestanden, wirklich objektiv prüfen zu wollen, dann war das der einzig gangbare Weg, um zu einem ersprießlichen Resultat zu kommen. Da aber das Urteil in Form der Resolution schon vorher fertig war, hat man diesen Weg nicht bestritten. Aus diesem Grunde hat es der Verbandsvorstand abgelehnt, an den weiteren Verhandlungen teilzunehmen und deswegen ist auch die gefürchtete Entrüstung über sein Fernbleiben von der zweiten Sitzung und der Versammlung mehr wie deplaziert. Wenn die Resolution zum Schluß zum Ausdruck bringt, daß die Vertrauensleute in diesem Verhalten des Verbandsvorstandes eine ganz besondere Mißachtung der Funktionäre erblicken, dann können wir nur erklären, daß der Verbandsvorstand zu jeder Zeit und Stunde dort zu finden sein wird, wo es gilt, für die Interessen der Kollegschaft einzutreten, es aber ablehnt, sich zum Brüggelungen für begangene Fehler anderer herzugeben. Unsere Auffassung aber über den Wert bestimmter Hausverträge wird durch solche Resolutionen in keiner Weise erschüttert.

## Abrechnungen.

Das dritte Quartal haben in dieser Woche abgerechnet:

- Gau 1: Düsseldorf 52.10, Elberfeld 65.34 M.
- Gau 3: Straßburg 1. C. 667.56 M.
- Gau 4: Augsburg 252.51, Kempten 62.41 M.
- Gau 5: Dresden 1249.33 M.
- Gau 6: Weimar 19.75 M.

S. Loda H.

# Beilage zur „Solidarität“

Dr. 46.

Berlin, den 15. November 1913.

19. Jahrgang.

## Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1912.

### III.

Durch die Bewegungen ohne und mit Arbeitseinstellung wurde 1912 insgesamt erreicht: Eine Arbeitszeitverkürzung für 378 185 Personen von zusammen 830 151 Stunden pro Woche. Ferner eine Lohnerhöhung für 530 021 Personen von zusammen 946 961 Mk. pro Woche. Außerdem erreichten 388 563 Personen sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. 1911 erzielten 293 316 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von zusammen 760 594 Stunden und 592 066 Personen eine Lohnerhöhung von zusammen 1 038 594 Mk. pro Woche. Ein Vergleich der Zahlen ergibt, daß 1912 ein größeres Maß von Arbeitszeitverkürzung errungen wurde, während die Erfolge bei den Lohnerhöhungen geringer sind. Es kommt jedoch hierbei in Betracht, daß sowohl in der Zahl der Personen, wie auch in der Gesamtsumme der Lohnerhöhungen, nicht die von dem Buchdruckerverband bei dem Abschluß des neuen Tarifvertrages erreichten Lohnaufbesserungen enthalten sind. Der Vorstand des Verbandes bemerkt hierzu: Daß alle Personen, die zum Lohnminimum und bis zu 3 Mk. über diesem entlohnt wurden, eine Lohnaufbesserung von zehn Prozent, der übrige Teil Lohnzulagen von 1,25 Mk. bis 2,25 Mk. pro Woche erhalten habe. Da unter dem abgeschlossenen Tarifvertrag 66 976 Personen fallen, so kann man ruhig behaupten, daß mit Einschluß der vom Buchdruckerverband erreichten Erfolge die im Jahre 1912 in bezug auf Lohnerhöhung erreichten Resultate den vorjährigen entsprechen dürften. Im Durchschnitt entfällt 1912 auf jede beteiligte Person eine Arbeitszeitverkürzung von 2¼ Stunden und eine Lohnerhöhung von 1,79 Mk. pro Woche.

1911 betrug der Durchschnittsatz an Lohn-erhöhung gleichfalls 1,79 Mk. pro Woche, dagegen die durchschnittliche Arbeitszeitverkürzung 2¼ Stunden. Sonstige Verbesserungen erreichten 5055 Personen weniger als im Vorjahr.

Durch die Abwehrbewegungen ohne und mit Arbeitseinstellung wurde 1912 abgewehrt: Für 2337 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von zusammen 11 042 Stunden und für 19 840 Personen eine Lohnkürzung von zusammen 38 794 Mk. pro Woche; ferner für 55 589 Personen eine sonstige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

Trotz erfolgter Abwehr traten an Verschlechterungen ein: Für 150 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von zusammen 414 Stunden und für 1187 Personen eine Lohnkürzung von zusammen 3014 Mk. pro Woche. Sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen erlitten 1738 Personen. Wie in den früheren Jahren, so entfällt auch im Jahre 1912 der weitaus größte Teil des Erreichten auf die Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung. Von der gesamten Arbeitszeitverkürzung wurde für 319 547 Personen gleich 84,5 Prozent zusammen 677 241 Stunden gleich 81,6 Prozent und von der gesamten Lohnerhöhung für 345 074 Personen gleich 65,1 Prozent zusammen 644 501 Mk. gleich 68,1 Prozent bei den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung erreicht.

Bei den Bewegungen insgesamt kam es in 4804 Fällen zum Abschluß von Tarifverträgen für 351 548 Personen. Von diesen Tarifverträgen wurden 3809 für 250 841 Personen abgeschlossen bei Bewegungen ohne Arbeitseinstellung, der andere Teil entfällt auf die Streiks und Aussperrungen. 1911 erfolgte der Abschluß von 3499 Verträgen für 304 481 Personen. Es wurden demnach 1912 in 1305 Fällen Verträge mehr abgeschlossen. Auf die einzelnen Gewerkschaften verteilen sich die Verträge folgendermaßen: Bau-

gewerbe 728 mit 47 955 Personen, Metallindustrie, Maschinen und Schiffbau 573 mit 64 299 Personen, Graphische Gewerbe und Papierindustrie 101 mit 76 280 Personen, Holzindustrie 521 mit 31 166 Personen, Nahrungs- und Genussmittelindustrie 442 mit 17 041 Personen, Bekleidungs-, Leder- und Textilindustrie 273 mit 39 435 Personen, Handels- und Transportgewerbe 566 mit 48 336 Personen.

Der größte Teil der Verträge entfällt auf das Baugewerbe, der größte Teil der Personen, für die Verträge abgeschlossen wurden, kommt dagegen auf das Graphische Gewerbe. Die starke Personenzahl dieser Gruppe ist zurückzuführen auf den erneuerten Buchdruckerarif.

Nicht in allen Fällen wird man den Abschluß eines Tarifvertrages als einen Erfolg für die Arbeiter ansprechen können. Es kommt bei der Bewertung eines solchen in erster Linie darauf an, welches Maß an Verbesserung und Sicherung der Arbeitsbedingungen damit erreicht wurde. Soweit aber auch die Meinungen über die Einschätzung eines Tarifvertrages auseinandergehen mögen, das eine ist schon heute klar: daß in dem gegenwärtigen Bestreben, gemeinsame Arbeitsverträge mit für die Organisationen rechtsverbindlichen Normen zu schaffen, die Anfänge für eine völlige Umbildung des Arbeitsvertrages liegen. Die sich aus dieser Entwicklung ergebenden Konsequenzen für die zukünftige Gestaltung des Arbeiterrechts dürften in ihrer vollen Tragweite schon heute wohl kaum zu übersehen sein. Die sich vorbereitende Umbildung des Arbeitsvertrages wird uns gewaltigen wirtschaftlichen Kämpfen entgegenführen, die für die Zukunft des Proletariats von entscheidender Bedeutung sein werden.

Wir zweifeln nicht daran, daß die Gewerkschaften sich diesem wirtschaftlichen Ringen um das Mitbestimmungsrecht im Produktionsprozeß gewachsen zeigen werden. Die wirtschaftlichen Kämpfe haben schon bisher den Gewerkschaften große Opfer auferlegt. Aber gerade aus diesen Kämpfen heraus steigerte sich ihre Macht und Stärke. Und diese Machtentwicklung wird fortschreiten mit dem wachsenden Umfang der Arbeitskämpfe. Noch stehen Millionen von Arbeitern den Gewerkschaften fern. Diese unaufgeklärten Massen werden durch die immer stärker erfolgenden, konzentrischen Angriffe des Unternehmertums immer weiter in die Kämpfe um die wirtschaftliche Macht hineingezogen. Sie werden zum Massenbewußtsein kommen und die Reihen ihrer kämpfenden Klassengenossen verstärken.

Wir haben aber auch die frohe Zuversicht, daß unter dem Einfluß der kommenden wirtschaftlichen Massenkämpfe die heute leider noch in verschiedenen Heerlagern geschiedenen organisierten Arbeiter sich zusammenfinden und damit dem die Arbeitskraft ausbeutenden Unternehmertum die geschlossene Phalanx aller Ausgebeuteten entgegen setzen werden.

## Allerlei Winke für Berichterstatter.

Im Zeitungswesen gibt es keine Schablone, denn jeder Tag, so schreibt Wilhelm Piepohl im 5. Tausend seines Büchleins „Der gute Schriftführer und Berichterstatter“ (für 60 Pfennig durch alle Parteibuchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen), bringt Neues, kein Vorfall gleicht dem andern, und in jedem Orte sind die Verhältnisse verschieden. Begebenheiten und Dinge, die in der Stadt kaum beachtet werden, haben für den Dörfner vielleicht hohen Wert. So überflüssig es ohne Zweifel ist, wenn aus dem Stadtparlament berichtet wird, daß die Gemeinde 20 Quadratmeter Bestium für 80 bis 100 Mark verkauft hat, oder daß die Turmuhr für 31,20 Mk. repariert

wurde, so wichtig können solche Nachrichten dem Bewohner des Dorfes sein. Hier fällt auch das Sümchen ins Gewicht, das in der Stadt keine Rolle spielt. Vorfälle, über die man in der Stadt mit einem überlegenen Lächeln hinweggeht, haben für den Landbewohner oft hohes Interesse. Ein Berichterstatter muß auch das bedenken, und sollte nicht schmälen, wenn er aus seinem Bericht gestrichen sieht, was er unter einem andern Ortsnamen lesen kann.

Recht unverantwortlich würde der Berichterstatter auch handeln, wenn er sich etwa sagen wollte: „Ach was, wenn der Bericht nicht stimmt, mögen Behörden oder Unternehmer der Zeitung eine „Berichtigung“ schicken.“ Solche Zwangsbeiträge sind für keine Zeitung eine Zierde, und wenn die Angaben der Berichtigung zutreffend sind, für den Berichterstatter sehr — unangenehm. Hatte der Berichterstatter Mißstände in öffentlichen oder privaten Betrieben zur Sprache gebracht, und es stellte sich heraus, daß diese Kritik unzutreffend war, so richtet ein solches Vorgehen da und dort Schaden an. Denn nur wenige Behörden und Unternehmer gibt es, die so abgebrüht sind, daß sie einer öffentlichen Mütze ihrer Betriebe ganz gleichgültig gegenüberstehen. Erscheint eine Kritik in der Zeitung, so geht es in der Regel an ein Untersuchen und Vernehmen der Dinge und Menschen. Trifft die Kritik ins Schwarze, erfolgt meistens in irgendeiner Art Abhilfe, und der Zeitungsmann freut sich, wenn er davon erfährt.

Haben sich aber die Angegriffenen einigmal überzeugt, daß die Berichte ganz falsch sind, oder daß Unwesentliches aufgebauscht und in ein ungünstiges Licht gestellt wurde, so werden sie solchen Kritiken nur noch sehr bedingten Wert beimessen und sie zum Schluß gar nicht mehr beachten. Die Arbeit des Berichterstatters ist vergeblich, die Zeitung hat ihr Ansehen verloren, und es bedarf erst jahrelanger Arbeit, es zurückzugewinnen. Daß es dazu nicht kommt, muß eine stete Sorge des guten Berichterstatters sein.

Eine weitverbreitete Meinung ist es auch, daß die Zeitung eine Art „Mädchen für alles“ sei. Wenn sich zwei Nachbarn nach langer Freundschaft gründlich verachtet haben, geht einer zu dem Berichterstatter und ersucht ihn, diese interessante Sache doch unbedingt in die Zeitung zu bringen. Die Schlechtigkeit und Gemeinheit des H. sei geradezu himmelsreichend, während er ganz unschuldig sei und nie auch nur der bekannten Fälsche etwas zuleide getan habe.

Nicht viel anders steht es oft bei Beschwerden über Lehrer und Beamte. An die richtige Stelle zu gehen und dem Schulleiter oder dem Magistratsdezenten Mitteilung über wirkliche und vermeintliche Uebergriffe zu machen, dazu haben die Ankläger oft nicht den Mut. Der Berichterstatter und die Zeitung aber, die nur auf die Aussagen der einen Seite ihre Ansicht gründen können, sollen für sie die Skatarien aus dem Feuer holen. Solchen Leuten muß begreiflich gemacht werden, daß es Aufgabe der Zeitung ist, die in Schutz zu nehmen und deren Sachen zu führen, die ihr zweifelloses Recht nicht finden können, daß sie aber nicht jedem Leisetreter den Rücken decken will.

In allen Fällen, die dem Berichterstatter zweifelhaft erscheinen, soll er die Leute auf den Weg der Anzeige und der Klage verweisen. Zu den Gerichtsverhandlungen kann die Zeitung, wenn es sich um wichtige Sachen handelt, einen besonderen Berichterstatter entsenden, und dann kann auf Grund des Urteils oder der im Prozeß zutage tretenden Tatsachen auf festem Grund vorgegangen werden.

Menschliches Versehen und Begreifen ziert den Berichterstatter besonders schön. Wenn ein Polizeibeamter oder ein Nachtwächter oder eine

ehrbare konervative oder nationalliberale Staats-  
süße einmal einen über den Durst getrunken hat  
und etwas schwankend durch die Straßen des  
Dorfes oder der Stadt pendelt, so sollte das  
a l l e i n ihm nicht Veranlassung geben, es an die  
große Glode der Dessenlichkeit zu hängen. Und  
auch eine kleine Bierbrauerei in einem  
generischen Verein braucht aufgebaut zu  
werden mit dem Motto: „Seht, wir Wilden sind  
doch bessere Menschen!“ Wir sind allzumal Sünder  
und bedürfen der Splitterrichterei nicht, um unsrer  
Sache zu dienen.

## Der Hausleerer.

Von Emil Unger.

Er ist bekannt, er ist gesichert, er ist all-  
überall, er ist der Schrecken sämtlicher Ver-  
sammlungsbesucher. Ohne ihn keine Versammlung,  
keine Versammlung ohne ihn. Ob politisch oder  
unpolitisch, ob öffentlich oder nichtöffentlich, er ist  
in jeder Versammlung zu finden. Es gibt keine  
Frage zwischen Himmel und Erde, an die er sich  
nicht heranwagt. Er redet immer und hat nie  
etwas zu sagen. Eine Versammlung, in der er  
nicht geredet hätte, wäre verfehlt, zwecklos gewesen.

Er redet nie unter einer halben Stunde, meist  
aber viel länger. Wenn er bereits dreimal geredet  
hat, beklagt er sich, daß man ihn in perfider Weise  
nicht zu Worte kommen lasse und bricht eine Lanze  
für das Recht der freien Meinungsäußerung. Der  
Leitung wirft er vor, daß sie ihn absichtlich nicht  
in die Rednerliste eingetragen oder andere Redner  
ihm vorangestellt habe. Er ist immer mißtrauisch  
und immer in der Opposition. Von Zeit zu Zeit  
meldet er sich zur Geschäftsordnung und nach  
jeder Debatte zu einer persönlichen Bemerkung.

Er beginnt jede Rede so: „Ich hätte eigentlich  
nichts mehr zu sagen“, — oder: „Mein Vorredner  
hat mir schon alles weggenommen, aber“ — oder:  
„Ich werde mich kurz fassen“. — Schlußrufe  
irritieren ihn nicht. Auf sonstige Zwischenrufe  
geht er jedoch mit behaglicher Breite ein. Er  
schweift immer sehr weit in die Ferne, auch wenn  
das Gute so nahe liegt. Wenn in einer Betriebs-  
versammlung es sich darum handelt, an den  
Arbeitgeber das Ersuchen zu richten, Handtücher  
und Spudknäpfe anzuschaffen, so kommt er gewiß  
auf den Balkankrieg, auf den Säuglingschutz und  
die Jesuitenfrage zu sprechen.

Er verwahrt sich stets sehr energisch gegen den  
Vorwurf, nicht zur Sache gesprochen zu haben.  
Eine Versammlung, der er beiwohnt, darf  
frühestens vor Mitternacht nicht enden. Wenn er  
sieht, daß er nicht mehr zu Worte kommt, stellt er  
einen Schlussantrag.

Einen Stoß Anträge und Resolutionen bringt  
er regelmäßig schon sein säuberlich geschriebenes von  
zuhaufe mit. In Mitgliederversammlungen be-  
schuldigt er jedesmal den Protokollführer, diese  
oder jene Stelle aus seiner Rede in der vorher-  
gehenden Versammlung böswillig unterdrückt oder  
entstellt zu haben. Der Zeitungsberichtersteller ist  
in seinen Augen die verkörperte Unfähigkeit, da  
er seine Ausführungen stets direkt auf den Kopf  
stellt und schandmäßig kurz wiedergibt. Er schickt  
daher der Zeitung mit tödlicher Sicherheit nach  
Erscheinen des betreffenden Versammlungsberichts  
eine dahingehende Richtigstellung, daß er nicht so,  
sondern so gesagt habe. Niemals berichtigt er,  
überhaupt nicht geredet zu haben.

Mit dem Besuch der Versammlungen ist er  
nie zufrieden, und schmerzlich konstatiert er, daß  
das Interesse für die Versammlungen immer  
geringer werde und der Indifferentismus unter  
den Mitgliedern beängstigend zunehme. Er ver-  
gibt auch nie, sich als das Musterbeispiel eines  
gewissenhaften Versammlungsbesuchers vorzustellen  
und erörtert im Anschluß hieran, wie das Ver-  
sammlungsleben reformiert werden müsse, und  
welche Maßnahmen zu treffen seien, um die  
Interesselosigkeit unter der Masse zu bekämpfen  
und sie zu regem Versammlungsbesuch wieder zu  
erziehen.

Das ist der Hausleerer.

## Rundschau.

**Unternehmerverbände des polygraphischen Ge-  
werbes.** Nach dem Statistischen Jahrbuch für das  
Deutsche Reich 1913 gab es im Berichtsjahre im  
polygraphischen Gewerbe 6 Reichsverbände, 48  
Landes- oder Bezirksverbände und 76 Ortsver-  
bände; von diesen zusammen 130 Verbänden  
weisen 99 Angaben über Mitglieder, 94 über Ar-  
beiter nach; sämtliche Verbände beschäftigten sich  
mit dem Verhältnis zwischen Maltern und  
Arbeitsern; zu den berichtenden Verbänden ge-  
hörten 5223 Mitglieder, 74 004 Arbeiter.

„Deutschland im Bilde“ auf der Buchgewerbe-  
ausstellung Leipzig 1914. Zu den zahlreichen  
Sonderausstellungen, die im Rahmen der Inter-  
nationalen Ausstellung für Buchgewerbe und  
Graphik Leipzig 1914 stattfinden und eine wert-  
volle Ergänzung der Ausstellung bilden, ist jetzt  
noch die Sonderausstellung „Deutschland im  
Bilde“ gekommen, die vom Bunde deutscher Ver-  
kehrsbereine veranstaltet wird. Das Gebäude,  
das an der „Straße der Nationen“ liegt, enthält  
einen geschmackvoll ausgestatteten Empfangssaal,  
dahinter ein modern eingerichtetes Wohnzimmer.  
Zu beiden Seiten dieser Räumlichkeiten liegen  
dann die eigentlichen Ausstellungsräume. Das  
Unternehmen bezweckt, allen Ausstellungsbesuchern,  
namentlich aber den in großer Zahl zu erwartenden  
Ausländern die Schönheiten und Sehenswürdig-  
keiten Deutschlands in guten Bildern vor Augen  
zu führen und damit einen neuen Anreiz zum  
Besuche unseres Vaterlandes zu schaffen.

Der Verein der Arbeiter der Druckindustrie in  
den russischen Ostseeprovinzen hat sich in einer  
sehr stürmisch verlaufenen Versammlung konsti-  
tuiert. Ein Teil der anwesenden Gehilfen be-  
kämpfte sehr leidenschaftlich die Organisations-  
form des Industrieverbandes und erklärte, als sie  
mit ihrem Krakeel keinen Eindruck machten, nach  
wenigen Tagen ihren Austritt. Sie wollen für  
sich einen eigenen Verband gründen. Sie be-  
fürchten nämlich, wie einer ihrer Redner in der  
Gründungsversammlung ausführte, mit einem  
Industrieverband die Prinzipale vor den Kopf zu  
stoßen. Das wäre ja allerdings ein sehr triftiger  
Grund. Die Eigenbrödlar haben aber anscheinend  
keinen Erfolg, denn der neue Verband gewinnt  
ständig an Boden. Wir wünschen den energischen  
und mutigen Kollegen in den baltischen Provinzen  
den besten Erfolg.

Ein Notgesetz zur Reichsversicherungsordnung  
fordert der Verband der Bureauangestellten, Sitz  
Berlin, Kaiser-Wilhelmstr. 20, in einer an den  
Reichstag und den Bundesrat gerichteten Petition.  
Der Verband weist darauf hin, daß durch die  
Reichsversicherungsordnung mit dem 31. Dezember  
1913 weit mehr Klassen geschlossen werden, als  
vorausgesehen war. Nach einer Umfrage des  
Verbandes werden von 502 Ortskrankenkassen mit  
424 Angestellten nicht weniger als 227 Klassen  
geschlossen, und nicht weniger als 883 Angestellte,  
das sind 20 Prozent, kommen damit um ihre  
Stellungen und Rechte. Daß endlich mit der  
Kassenzerpfitterung etwas ausgeräumt wurde, ist  
erfreulich, aber es ist überflüssig und grundlos,  
dabei die Existenz der Angestellten zu opfern. Die  
Reichsversicherungsordnung lässt nämlich, wenn  
eine Ortskrankenkasse geschlossen wird, alle An-  
gestellten verträge, ohne den Kassenangestellten ein  
Recht auf Weiterbeschäftigung bei der neuen Orts-  
krankenkasse zu gewähren. Auf diese Weise sind  
sogar die Bezüge von Invaliden, Witwen und  
Waisen gefährdet, die von einer Anzahl schließender  
Kassen für ihre Angestellten bereits geleistet werden.  
Diese rücksichtslose Vernichtung der Rechte eines  
sehr großen Teiles der Kassenangestellten muß um  
so mehr empören, als ein sachlicher Grund dafür  
absolut nicht besteht. Die neuen Krankenkassen,  
die die Mitglieder der geschlossenen Klassen auf-  
nehmen, brauchen natürlich entsprechend mehr  
Arbeitskräfte. Aus diesen Gründen und weil  
anzunehmen ist, daß die Mehrheitsparteien des  
Reichstages eine so bedenklich große Zahl von  
Mündigungen wohl doch nicht verurteilen werden,  
fordert der Bureauangestellten-Verband, durch ein  
Notgesetz auszusprechen, daß die neue Klasse, die  
die Mitglieder aufnehmen, auch die Angestellten  
weiter beschäftigt und den etwa vorhandenen  
Invaliden, Witwen und Waisen ihre Renten  
weiter zahlt.

Die Lebensmittelpreise sind im Monat Sep-  
tember wieder etwas zurückgegangen. Allerdings  
wesentlich ist das Sinken der durchschnittlichen  
Indexziffer nicht. Sie fiel von 25,83 im  
August auf 25,78 im September. Die Er-

mäßigung ist im Hinblick auf die starke Steigerung  
im Monat Juli nur von geringer Bedeutung und  
wohl hauptsächlich auf den Rückgang der Kar-  
toffelpreise zurückzuführen.

Wie im vergangenen Monat waren die  
teuersten Orte wieder Konstanz und Köln. Hier  
wurde ein Durchschnittsindex von 28,77 M. resp.  
28,50 M. festgestellt. Als billigste Stadt geben  
die von Calmer herausgegebenen monatlichen  
Lebenskosten über Lebensmittelpreise wieder Brien-  
z mit der Indexziffer von 22,47 M. an.

Die Fleischpreise behielten größtenteils ihren  
hohen Stand und der Preis für Eßbutter erfuhr  
vielerorts sogar noch eine starke Steigerung. Von  
den verschiedenen Lebensmitteln seien für Kalb-  
fleisch und Butter noch besondere Darstellungen  
gegeben. Der Höchstpreis für 1 Kilo Gramm Kalb-  
fleisch stellte sich auf 2,40 M. Er wurde in einer  
ganzen Reihe westdeutscher Orte gezahlt, wie  
Geestmünde, Bonn, Wes, Bremen usw. Die  
niedrigste Notierung beträgt 1,60 M. Sie wurde  
für Alfenstein, Eßitz, Kolberg, Oppeln und  
Ratibor, also für Städte im Osten des Reiches,  
angegeben. Die höchsten Preise für 1 Kilo Gramm  
Eßbutter, nämlich 3,24 M., hatten Meerane und  
Altenburg, während in Finsterburg und Remel  
1 Kilo Gramm nur 2,20 M. kostete.

**Gewerkschaftliche Erfolge.** Einen schlagenden  
Beweis für den Nutzen der gewerkschaftlichen  
Arbeit erbringt ein kürzlich veröffentlichter Bericht  
des Statistischen Amtes der Vereinigten Staaten,  
der die Veränderungen der Löhne und Arbeits-  
zeit in einer Reihe von Industrien in der Periode  
1907 bis 1912 behandelt. Danach wurden, wie die  
Statistiker bemerken, durch die Arbeit der Gewerks-  
schaften in 40 Gewerben in 39 der wichtigsten  
Industriestädte die Löhne erhöht, die Arbeitszeit  
verlängert. Besonders auffällig sind die von den  
Bäckern erzielten Erfolge: für die ersten Gehilfen  
beträgt die Lohnerhöhung im Durchschnitt 22  
Prozent, für die zweiten Gehilfen 26,6 Prozent,  
für dritte Gehilfen 40,7 Prozent; die Arbeitszeit  
wurde um 17,7, 6,6 bzw. 10,1 Prozent verlängert.  
Ein Vergleich der Durchschnittslöhne am 15. Mai  
1907 und am 18. Mai 1912 ergibt folgende Auf-  
besserungen: Buchdruckerhilfsarbeiter 22,6 Proz.,  
Drucker 21 Prozent, Zementarbeiter 17,5 Prozent,  
Zementhilfsarbeiter 16,2 Prozent, Maler 12,6  
Prozent, Klempner 12,9 Prozent, Installateure  
13,1 Prozent, deren Hilfsarbeiter 15,1 Prozent,  
Schmiede 16,5 Prozent, Kesselschmiede 16,5 Prozent,  
Buchbinder 16,8 Prozent, Former 12,8 Prozent,  
Schriftsetzer 14,8 Prozent, Zimmerer 11,1 Prozent,  
Bauhilfsarbeiter 17,5 Prozent, Eisenkonstruktions-  
arbeiter 11,1 Prozent, Maschinisten 9,8 Prozent,  
Maurer 5,5 Prozent usw.

**Staatliche Arbeiterversicherung in Australien.**  
Die australische Regierung beauftragte ihr  
statistisches Amt, ihr einen Bericht über die  
Sozialversicherung des Auslandes sowie Vor-  
schläge für die Einführung einer staatlichen  
Mutterschafts-, Kranken-, Sterbe-, Witwen-,  
Waisen-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung zu  
unterbreiten. Sie beabsichtigt die Einführung  
dieser Unterstützungsleistungen nach dem in  
England angewandten System, d. h. die schon  
vorhandenen freiwilligen Organisationen, welche  
diese Unterstützungsleistungen pflegen, sollen die  
Hauptträger der staatlichen Versicherung werden.

Wie man in China Manuskripte ablehnt.  
Der Chinese ist bekanntlich so höflich, daß er unter  
keinen Umständen einem anderen etwas sagen  
würde, was diesen verletzen könnte. Niemand  
dürfte daher der Satz von der Sprache, die dazu  
diene, die Gedanken zu verbergen, mehr am Platze  
sein als in China. Man erfindet dort lieber die  
fabelhaftesten Märchen, als daß man es wagt,  
der Stilleheit eines anderen nahe zu treten. Ein  
Beispiel dafür ist nachstehender Brief, den ein  
chinesischer Redakteur an einen Autor schrieb,  
dessen eingedante Arbeit ihm mißfiel. „Ich habe  
Ihr Werk gelesen und bin davon entzückt. Ja,  
ich schwöre Ihnen bei der heiligen Wäde meiner  
Vorfahren, daß ich noch nie im Leben eine bessere  
Arbeit gelesen habe. Deshalb befürchte ich, daß  
Seine Majestät, unser hocherborener Kaiser und  
Herr, sich, wenn wir es drucken, so dafür be-  
geistern würde, daß er uns aufs strengste unter-  
sage, niemals wieder etwas drucken zu lassen, was  
nicht an dieses herrliche Werk heranreicht. Und  
da in den nächsten tausend Jahren wohl kaum  
wieder eine Dichtung von ähnlicher Größe ge-  
schrieben werden wird, senden wir Ihnen Ihr  
göttliches Manuskript mit unsagbarem Bedauern  
zurück und bitten Sie vielmals um gütige Ver-  
zeihung.“